

Wahlforderungen

Ideen und Lösungsansätze des Deutschen Dachdeckerhandwerks zur Bundestagswahl 2021

Themen-Übersicht

- A Betriebe stärken
- B Klimaschutz und Klimawende umsetzen
- C Entsorgungswege zukunftsfest machen
- D Rohstoffversorgung sicherstellen

Ein paar Fakten zum Dachdeckerhandwerk



7.228 Auszubildende



11,4 Mrd. Euro Umsatz



64.805 gewerbliche Arbeitnehmer



15.170 eingetragene Dachdeckerbetriebe

Wahlforderungen

A Betriebe stärken

Dachdeckerbetriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, wie die oben genannten Zahlen zeigen. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass hier eine kleinteilige Struktur vorherrscht: zwei Drittel der Betriebe beschäftigen fünf Mitarbeiter:innen. Hohe Belastungen durch Lohnzusatzkosten und ausufernde Bürokratie machen den oft familiengeführten Betrieben zu schaffen. Es wird immer schwieriger, Nachfolger auch für gut gehende Betriebe zu finden. Um die Klimawende mit den benötigten Sanierungen durchführen zu können, benötigen wir jedoch mehr Betriebe und Fachkräfte.



Bild: ZVDH

Lösungsansätze

1. Steuern und Abgabenlast nicht erhöhen: Maßnahmen ergreifen, um die Obergrenze von 40 % bei den Sozialabgaben aufrechtzuerhalten, steuerliche Belastung für Unternehmen auf 25 % senken
2. Vorfälligkeit bei Sozialversicherungsbeiträgen zurücknehmen
3. Bürokratie-Entlastung vorantreiben – Zahlreiche Vorschläge liegen bereits vor ZDH: Bürokratieabbau: was zu tun ist
4. Keine Haftung für Lieferketten schaffen: Der ZVDH befürwortet die Anstrengungen, bei importierten Waren auf Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Einhalten der Menschenrechte zu achten. Es sollte allerdings sichergestellt sein, dass der Anwendungsbereich nur solche Unternehmen erfasst, die auch tatsächlich Einfluss auf Lieferketten haben und dass eine Verlagerung der Sorgfaltspflichten auf nachgeordnete Unternehmen ausgeschlossen wird. Kleine Betriebe können Risikomanagement, Dokumentation und Berichte organisatorisch und wirtschaftlich kaum stemmen. Es sollte nur ein europaweites Lieferkettengesetz eingeführt werden und sich praxisnah nur auf die erste Zulieferer-Stufe (TIER 1) beschränken. Positionen des ZDH
5. Dokumentationspflichten reduzieren.
6. Kontrolle bei Schwarzarbeit ausbauen, Personal verstärken
7. Digitalisierung vorantreiben: der Ausbau der Netzinfrastruktur, digitale Ausstattung von Behörden ausbauen und an moderne Standards anpassen, personelle Aufstockung der Ämter und eine Verschlan-
kung der Antragsverfahren, um Baugesuche und Genehmigungen schneller zu bearbeiten.
8. Solo-Selbstständige in Arbeitsschutzverpflichtungen und Sozialsysteme einbinden



Wahlforderungen

B Klimaschutz und Klimawende umsetzen

Das Dachdeckerhandwerk sieht sich stark dem Klimaschutz verpflichtet: Sie decken Dächer, die fünf Jahrzehnte und länger halten, sie dichten Keller und Balkone, vor allem aber dämmen sie die Gebäudehülle und begrünen Flach- und Steildächer. Sie errichten Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen. Daher liegt der Schwerpunkt unserer politischen Forderungen im Bereich des Klimaschutzes, um gemeinsam die Ziele des „Green Deal“ zu erreichen.

1. **Bestehende Förderlandschaft ausbauen, um verstärkt Sanierungsanreize zu setzen**
2. **Green Deal für Stadt und Grün umsetzen**
3. **„Eine-Million-Dächer-Sanierungsprogramm“ auf den Weg bringen**
4. **Schwerpunkte beim Seriellen Sanieren erweitern**



Bild: Bundesverband Gebäudegrün

Zu 1. Bestehende Förderlandschaft ausbauen, um verstärkt Sanierungsanreize zu setzen

Um die Klimaziele zu erreichen, ist es notwendig, die Sanierungsquote im Gebäudebestand von bislang 1 % deutlich zu erhöhen auf mindestens 2 %, besser 3 %. Dazu gehört das Dämmen von Dächern, oberen Geschossdecken und Fassaden sowie der Tausch von Fenstern. Mit der „Bundesförderung effiziente Gebäude BEG“ sowie der steuerlichen Sanierungsförderung für Selbstnutzer gibt es bereits wichtige Programme zur Umsetzung. Aber: Vieles ist unnötig kompliziert und wichtige Zielgruppen bleiben unberücksichtigt. Auch müssen technische Innovation stärker in den Vordergrund rücken.

Lösungsansätze

1. Nicht nur für Eigenheimbesitzer, sondern auch für Eigentümer von vermieteten Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden müssen finanzielle Anreize für energetische Sanierungen geschaffen werden.
2. Förderprogramme einfacher gestalten, Schnittstellen zwischen einzelnen Fördermaßnahmen verbessern und verstärkt kommunizieren: So sollte jeder Immobilieneigentümer eines Bestandsgebäudes – etwa beim Eigentumsübergang – über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen sowie über mögliche Förderungen informiert werden.
3. Dringend notwendig ist das Einrichten einer eigenständigen Energie-Effizienz-Behörde innerhalb des BMWI, um der bestehenden Überlastung bei der Vergabe von Fördermitteln entgegenzuwirken. Lange Bearbeitungszeiten beim BAFA verhindern ein schnelles Umsetzen notwendiger Sanierungsmaßnahmen.
4. Sinnvoll wäre eine stärkere förderrechtliche Verknüpfung von Sanierungen mit anderen Maßnahmen wie dem Dachausbau und Aufstockung von Gebäuden. So kann zusätzlicher energieeffizienter Wohnraum geschaffen und weiterer Flächenverbrauch verringert werden kann.

Wahlforderungen

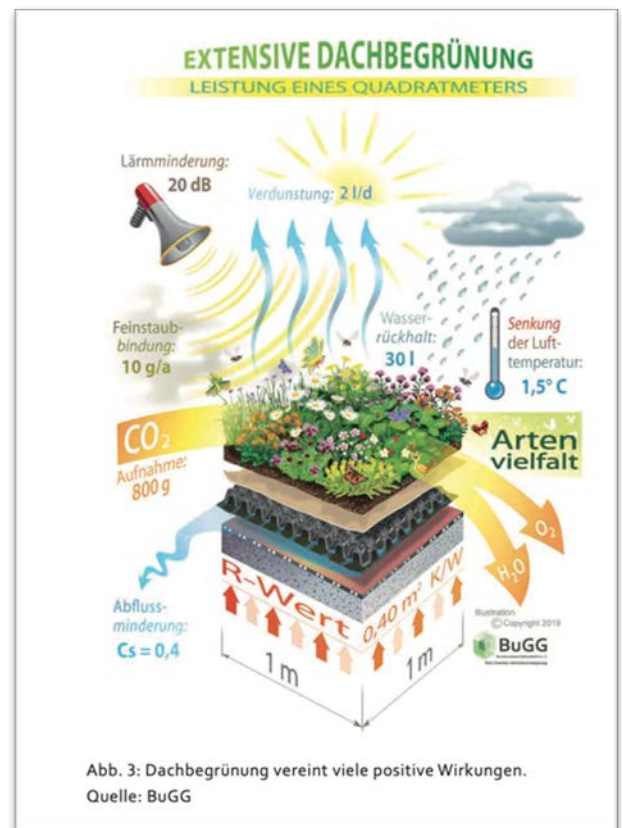
Zu 2. Green Deal für Stadt und Grün umsetzen

Gerade in Ballungsgebieten machen sich die zunehmenden Hitzesommer drastisch bemerkbar. Eine deutliche Verbesserung des Klimas wird durch Begrünung von Dächern und Fassaden erreicht. Die Zahlen sprechen für sich:

120 Millionen m² Dachfläche sind in Deutschland begrünt. Das bedeutet

- eine Wasserspeicherung von ca. 3,6 Millionen m³,
- eine Verdunstung von 240.000 m³ pro Tag,
- einen Jahresniederschlagsrückhalt von über 52 Millionen m³,
- eine CO₂-Speicherung von 96.000 Tonnen.

Und: Um bis zu 5 Grad Celsius kann eine gut funktionierende Fassadenbegrünung die umgebende Temperatur senken. Zudem werden die Artenvielfalt und Biodiversität gefördert. Nur etwa 9 % der jährlich neu entstehenden Flachdachfläche werden begrünt. Der Gründach-Index (Quadratmeter Gründach pro Einwohner) liegt bei durchschnittlich 1,2 > Hier liegt ein hoher Optimierungsbedarf.



Lösungsansätze

1. Mit einer finanziellen Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder können lokale Projekte zur Gebäudebegrünung umgesetzt und vor allem Hotspots (Hitzeinseln, Überflutungsgebiete) entschärft werden.
2. Eine Vergabe von Bundes- und Landeszuschüssen ermöglicht die Festlegung einheitlicher Förder-Kriterien zur Dach- und Fassadenbegrünung. Dadurch werden gezielt Objekte initiiert, die mit ihrer Begrünung die Folgen des Klimawandels (Starkregen, Überhitzung, Artenrückgang) abmildern.
3. Anpassungen kommunaler Gründach- und Fassadengrünsatzungen. Beispielsweise können über Verringerungen der Niederschlagswassergebühr für netzdienliche Regenwasserrückhaltesysteme zusätzliche und langfristige Anreize geschaffen werden.
4. Vergabe von Fördermitteln für Gebäudebegrünung auf Grundlage von Nachhaltigkeitskriterien, die gegebenenfalls durch eine Staffelung der Förderung durchgeführt werden kann.
5. Für eine Verstärkung der positiven Wirkungen einer Gebäudebegrünung im Hinblick auf Wohnklima und Klimaschutz ist eine ergänzende Förderung hoher Dämmstandards bei Flachdächern sinnvoll. Der sommerliche Wärmeschutz durch die Begrünung wird somit durch einen Schutz vor Kälte im Winter erweitert. Beide Maßnahmen können sehr gut gekoppelt durchgeführt werden.

Wahlforderungen

Zu 3: „Eine-Million-Dächer-Sanierungsprogramm“ auf den Weg bringen

Allein die Dachsanierung kann in Abhängigkeit vom energetischen Standard bis zu 25 % Energieeinsparung bringen. Der Steuerbonus für die energetische Sanierung sowie verbesserte KfW-Mittel haben schon einen deutlichen Auftragsanstieg beschert. Trotzdem liegt hier noch viel Potenzial brach. Dies zeigte bereits 2018 das Münchener Forschungsinstitut für Wärmeschutz (FiW) in einer Studie: Es ist durch Sanierung der Bestandsdachflächen möglich, die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor um bis zu 25 % zu reduzieren. Vor allem im Ein- und Zweifamilienhausbereich lagen zur Zeit der Studien-Erstellung 600 Millionen Quadratmeter Dachfläche nur im Mindestwärmeschutz (= 4 Millionen Dächer) oder ungedämmt vor. Weitere rund 950 Millionen Quadratmeter (rund 6,5 Millionen Dächer) entsprechen nur den energetischen Anforderungen der Wärmeschutzverordnung von 1977 bis 1984. Vor allem die Kombination von Photovoltaik-Anlagen auf sanierten Dächern bietet zahlreiche Vorteile.



Bild: Bundesverband Gebäudegrün

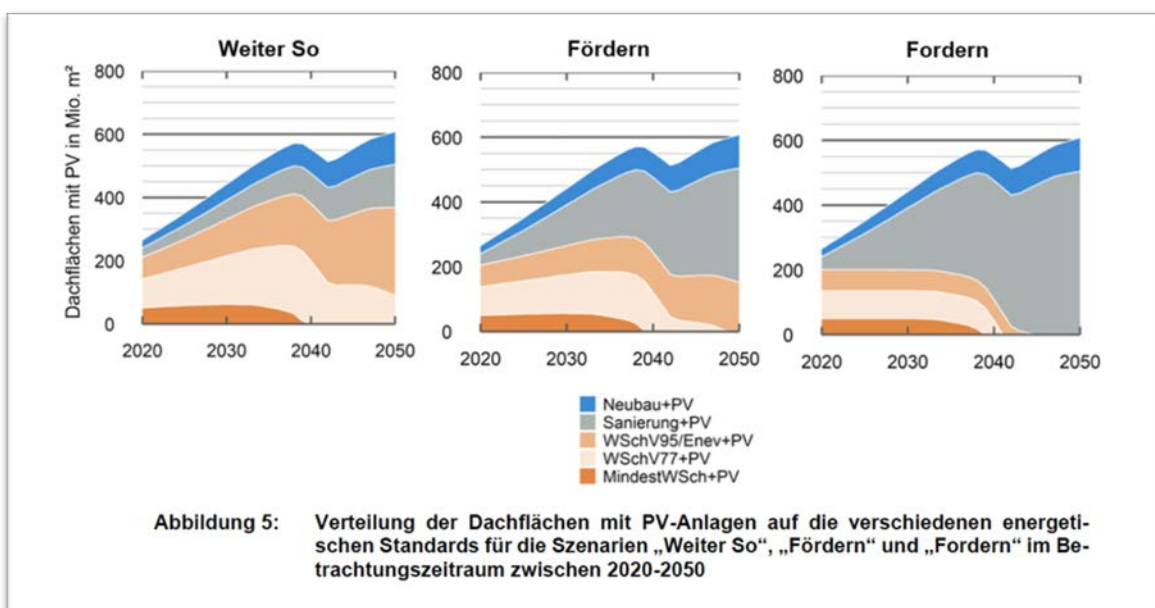
Lösungsansätze:

1. Die Kombi macht's: Sanierung plus PV-Module. Um dieses Potenzial zu nutzen, sollte eine kombinierte Maßnahme der Dachsanierung mit der Installation von PV-Modulen forciert werden. Um weiter Energie zu sparen und zusätzliche Anreize für den Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudesektor zu schaffen, sollten Solaranlagen künftig nur noch nach vorheriger energetischer Optimierung des Daches installiert werden. Eine aktuelle FiW-Studie (2021) zeigt, dass hier große CO₂-Einsparungen möglich sind.
2. Neben den Anpassungen an den entsprechenden Regelwerken ist eine parallele Förderung des Ausbaus der PV-Anlagen bei gleichzeitiger Sanierung der Dächer notwendig. Statt „PV-Anlagen auf allen neuen/sanierten Dächern“ zu fordern, wird in diesem Fall „keine PV-Anlage auf unsanierten Dächern“ gefordert. Daher: Eine zusätzliche Kombi-Förderung als „Eine-Million-Dächer-Sanierungsprogramm bis 2025“ auf den Weg bringen. Ein solches Programm sollte sich zusammensetzen aus 20 % Förderung für die Gebäudehülle – analog zur BEG-Einzelmaßnahme – zuzüglich weiterer 25 % für die gleichzeitige Installation der PV-Anlage.
3. Zusätzlich ist die Erhöhung des Wirkungsgrades von PV-Anlagen in der Kombination mit Dachbegrünung zu berücksichtigen.

Wahlforderungen

Hintergrundformationen zu den Lösungsansätzen (FiW-Studie Juni 2021)

Im Entwurf des Klimapakts „Klimaschutz Sofortprogramm 2022 der Bundesregierung“ ist eine PV- bzw. Solarthermie-Installationspflicht für alle Neubauten bzw. bei größeren Dachsanierungen angedacht. Im Umkehrschluss wird keine Sanierungspflicht von Dächern in unzureichendem energetischem Zustand bei der Installation von PV-Anlagen berücksichtigt. Aber ist eine PV-Anlage erst einmal installiert, fällt das Dach für die Erschließung des Energie-Einsparpotenzials für die nächsten 25 bis 30 Jahre aus. Die aktuelle FiW-Studie zeigt, dass die gezielte Förderung solcher Maßnahmen ein sehr wirksames Mittel zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen im Bestand bei gleichzeitiger Erhöhung der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen ist.



Quelle: FiW-Studie 2021

Erläuterung von drei Szenarien zur Entwicklung der PV-Dachflächen auf sanierten Dächern

Szenario 1 - Weiter so: 15 % aller Neubauten (Wohngebäude) werden jährlich mit einer PV-Anlage versehen, das sind 2,6 Millionen m² Zubau an Dachfläche mit PV-Anlagen (Basisjahr 2020). Bei PV-Installationen auf Bestandsdächern werden nur 20 % davon vorher energetisch saniert, somit entstehen rund 11 Millionen m² PV-Dachflächen auf unzureichend energetisch sanierten Dächern.

Szenario 2 - Fördern: Durch gezielte Förderprogramme soll eine Verdreifachung der vorher sanierten Dächer auf 60 % erreicht werden.

Zusätzliche CO₂-Einsparungen bis 2050 gegenüber Szenario 1: **12 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent**

Szenario 3 - Fordern: PV-Anlagen werden ausschließlich auf vorher energetisch sanierten Dächern installiert.

Zusätzliche CO₂-Einsparungen bis 2050 gegenüber Szenario 1: **23 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent**

Fazit:

Zusammen mit einer Erhöhung der bauteil-bezogenen Sanierungsrate von derzeit 1,3 % auf 2,0 %, was zur Einsparung von 93 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten führt, kann das Bauteil Dach im Wohngebäudebereich **mit Einsparungen von 108 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten einen deutlichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten.**

Wahlforderungen

Zu 4: Schwerpunkte beim Seriellen Sanieren erweitern:

Ein wichtiger neuer Förderstrang wurde mit dem Förderprogramm für das Serielle Sanieren aufgesetzt. Der Schwerpunkt richtet sich jedoch vorrangig auf den Aufbau industrieller Fertigungskapazitäten und berücksichtigt den Stellenwert der Bauhandwerke nicht ausreichend. Während die industrielle Ausrichtung in der Richtlinie deutlich betont wird, taucht das Handwerk eher als Teil des Problems auf. So wird darauf verwiesen, dass der bestehende Fachkräftemangel im Handwerk einen erhöhten Grad an Vorfertigung von Bauteilen nötig mache. Insbesondere im Dachdeckerhandwerk, wo ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeiten und damit an geschultem Fachpersonal besteht, sollte eine erhöhte Vorfertigung nicht dazu führen, dass Handwerksbetriebe nur als reine Monteure industrieller Fertigteile wahrgenommen werden. Auch die Behauptung, dass eine „industrielle Fertigung ... einzelner Produkte“ und „vollständig aufeinander abgestimmter Sanierungselemente“ möglich sei, diese jedoch bisher kaum Anwendung fänden, ist so nicht richtig, denn die meisten seriell vorgefertigten Sanierungslösungen werden durch mittelständische Bauunternehmen vorgenommen und somit nicht „industriell“ gefertigt. Ein Blick auf die [„Energiesprung Lösungsanbieter-Plattform“](#) zeigt, welche Unternehmen in Deutschland bisher serielle Sanierungslösungen anbieten.



Lösungsansätze

1. Das Handwerk muss als Teil der Lösung miteinbezogen werden. Zielführender ist ein Ansatz, der eine bessere Vernetzung der am Bau Beteiligten ermöglicht. Gerade im Dach- und Fassadenbereich sind innovative Systeme gefragt, da diese Bauteile immer aus mehreren Funktionsschichten bestehen. Zudem erfordern die je nach Gebäudelage sehr unterschiedlichen An- und Abschlüsse von Bauteilen individuelle Lösungen, die nicht alle vorgefertigt werden können. Hier ist die Erfahrung des Handwerks unabdingbar.
2. Technologische Details, wie sie in der Förderrichtlinie teilweise bereits erwähnt werden – etwa die Integration von PV-Modulen in Dachelementen – sollten in den zur Richtlinie gehörenden Merkblättern ausgeführt werden. Hierdurch können diese während des laufenden Förderprogramms den neusten Erkenntnissen angepasst werden.
3. Des Weiteren sollte die Serielle Sanierung selbst – sofern sie durch KMU ausgeführt wird – gefördert werden. So würde mit der „Bundesförderung Serielle Sanierung“ tatsächlich der gesamte Prozess der Markteinführung unterstützt werden.
4. Die Berufsorganisationen des Handwerks können in diesem Prozess noch deutlicher als bisher die Funktion eines Vermittlers bzw. einer Clearing-Stelle übernehmen und damit gemeinsam mit unseren Partnern aus der Industrie Innovationspotenzial für „intelligentes“ energetisches Sanieren voranbringen. Inhaltlich müssen die Einrichtungen der Handwerksorganisation, wie die Innungen, Verbände, Handwerkskammern, aber auch die angeschlossenen Bildungs- und Forschungseinrichtungen in den Kreis der vorgesehenen Antragsberechtigten – zum Beispiel im Rahmen eines Konsortiums – aufgenommen werden.
5. Die zeitliche Begrenzung bis zum 31.12.2023 sollte überdacht werden.

Wahlforderungen

C Entsorgungswege zukunftsfest machen

Um die eingangs bereits angesprochene Sanierungsquote nicht zu verschlechtern, ist eine gesicherte und finanziell tragbare Entsorgungsmöglichkeit für Materialien aus dem Dachdeckerhandwerk notwendig. Laut einer Umfrage des ZVDH aus dem Jahr 2020 berichten rund 30 % der befragten Unternehmen, dass HBCD-haltige Dämmplatten nicht durch die Entsorger eingesammelt werden. Bei asbesthaltigen Bitumenbahnen sind es immerhin rund 15 %. Annahmestopps und exorbitant hohe Entsorgungspreise durch privatisierte Entsorgungsunternehmen und Müllverbrennungsanlagen konterkarieren die Bemühungen, durch diverse Bundesförderungen die Sanierungsquote zu erhöhen. Dies betrifft vor allem schadstoffbelastete Materialien wie HBCD-haltige Dämmplatten, PAK in Abdichtungsbahnen und Asbest – insbesondere in Bitumenbahnen. Aufgrund des hohen Brennwertes dürfen asbesthaltige Bitumenbahnen nicht deponiert werden, es existieren jedoch bundesweit zu wenig Müllverbrennungsanlagen, die Asbest verbrennen können. Die EU definiert die „vollständige Entfernung von Asbest jedweder Art“ als „vorrangiges Ziel der Europäischen Union“. Mit den aktuellen Entsorgungspreisen und nicht ausreichenden Entsorgungskapazitäten ist dies nicht umsetzbar.



Quelle: maja7777, Pixabay

Lösungsansätze

1. Es sollte eine Abstufung eingeführt werden, von welchen asbesthaltigen Baustoffen konkrete Gesundheitsgefahren im verbauten Zustand ausgehen. Ist dies nicht der Fall, besteht aus Sicht des ZVDH kein Anlass zum unmittelbaren und vollständigen Rückbau.
2. Zeitgleich muss die Bundesregierung dafür sorgen, die notwendigen Entsorgungswege zu ermöglichen und die Wirtschaftlichkeit für die Entsorgung von Gefahrstoffen zu berücksichtigen.



Wahlforderungen

D Rohstoffversorgung sicherstellen

Die aktuelle Lage zeigt, wie abhängig das Handwerk und der Bau insgesamt von einer funktionierenden globalen Lieferkette ist. Angesichts drastischer Preisexplosionen und Lieferengpässen bei nahezu allen Baustoffen, primär aber bei Holz und Dämmstoffen, liegen Baustellen brach, werden Sanierungsmaßnahmen verschoben, Mitarbeitende in Kurzarbeit geschickt – und dies trotz voller Auftragsbücher. Es ist abzusehen, dass diese Probleme die Bauwirtschaft noch längere Zeit begleiten wird. Um solche Szenarien künftig besser abfedern zu können, hat das Dachdeckerhandwerk Lösungsansätze formuliert.



Bild: ZVDH/Büttner

Lösungsansätze

1. Stärkung regionaler und kleinbetrieblicher Strukturen im Bereich der Holzwirtschaft
2. Schaffung von Anreizen für eine aktive Waldbewirtschaftung im Klimaschutzgesetz
3. Schaffung von Anreizen für die regionale Vermarktung von Holzprodukten, z. B. durch eine CO₂-Bepreisung für lange Lieferwege, alternativ Anreizprämie für den Holzvertrieb innerhalb der EU
4. Heimische Ressourcen für Baustoffe wie Kies, Sand, Gips und Holz nutzen: Es macht auch aus ökologischen Gesichtspunkten keinen Sinn, Baustoffe, die in Deutschland ausreichend vorhanden sind, teuer zu importieren und dabei über lange Strecken zu transportieren. Länder und Kommunen müssen daher entsprechende Kies- und Sandgruben schneller und unbürokratischer genehmigen
5. Länder und Kommunen sollten durch eine produktneutrale Ausschreibung dem Einsatz von Recyclingmaterial gegenüber Primärbaustoffen eine Chance geben



Wahlforderungen

Ausführliche Wahl-Forderungen des

Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) und
Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB)

Kontakt

Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks

RA Ulrich Marx
Hauptgeschäftsführer

Claudia Büttner
Pressesprecherin

Fritz-Reuter-Str. 1
50968 Köln

Tel.: 0221-398038-0

E-Mail: umarx@dachdecker.de

Über den ZVDH

Der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks e. V. (ZVDH) ist ein Arbeitgeberverband. Er vertritt die gemeinsamen fachlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen des Dachdeckerhandwerks mit rund 15.400 Dachdeckerbetrieben, fast 100.00 Mitarbeitern und einem Jahres-Umsatz von über elf Milliarden Euro. Der ZVDH erstellt Fachregeln, Richtlinien und Arbeitshinweise für das gesamte Tätigkeitsgebiet und arbeitet in zahlreichen Gremien mit – auf nationaler wie europäischer Ebene. Unmittelbare Mitglieder des ZVDH sind alle Landesinnungsverbände und Landesinnungen des Dachdeckerhandwerks in Deutschland. Der ZVDH schließt Tarifverträge ab und koordiniert die gesamtberufsständische Öffentlichkeitsarbeit. Er ist gemeinsam mit Holzbau Deutschland - Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes - ideeller Träger der führenden Branchenmesse DACH+HOLZ International. Die Geschäftsstelle des ZVDH ist in Köln. www.dachdecker.de